

Kritisierte reihen sich bei Kritikern ein

Grüne und SPD unterstützen Bürgerinitiative gegen Funkmast/Wendelken hat Fragen an den Bürgermeister

VON SIEGFRIED DEISMANN

Lillenthal. Rund 120 Männer, Frauen und Kinder hat die Bürgerinitiative „Lillenthal stoppt Tetra-Strahlen“ am Donnerstagabend mobilisiert. Nur wenige Tage, nachdem bekannt geworden war, dass direkt neben dem Feuerwehrgebäude an der Edisonstraße und nur wenige Hundert Meter von den nächsten Wohn- und Baugebieten ein Mast für den bundesweiten digitalen Behördenfunk Tetra/BOS errichtet werden soll, unterstrich Christoph Zeidler als Sprecher der Initiative die Forderung nach einem Baustopp sowie nach der Suche nach einem Alternativstandort. Der Kritik der Bürger wegen der – vom Bund allerdings angeordneten – Nichtinformierung stellten sich sowohl Bürgermeister Willy Hollatz als auch die Grünen-Ratsherren Heiner Haase und Jörg Flömer.

Ausgerüstet mit selbst gemalten Plakaten und mit einigen – zum Glück dezent eingesetzten – Vuvuzela-Ohrenquälern, hatten sich Donnerstagabend rund 120 Menschen neben dem abgesperrten Feuerwehrhaus und damit nur rund 50 Meter vom mittlerweile deutlich erkennbaren Betonsockel des Anstoßes versammelt. Unter den Bürgern war auch Bürgermeister Willy Hollatz. „Sie kommen... das finde ich ja toll“, hatte ihn ein Mann ganz offensichtlich erfreut begrüßt – doch ganz so herzlich sollte die Stimmung im Verlauf der Demonstration nicht immer bleiben.



Klein und Groß, Jung und Alt vereint im Protest gegen den Funkturm. Rund 120 Bürger kamen am Donnerstagabend an der Edisonstraße zusammen.



Bisher nur ein Fundament, aber wenn es nach der Bürgerinitiative geht, sollte hier am besten gar nicht weiter gebaut werden. Für den geplanten Turm fordert sie einen Baustopp.



Ängste, übertragen in ein Bild: Wie einem Spanferkel in der Mikrowelle, so könnte es demnächst den Anwohnern rund um den Turm gehen, lautet die plakative Warnung.

FOTOS: DEISMANN

Dass sie es im Großen und Ganzen dann aber doch blieb, war sicherlich dem nachdrücklich um Sachlichkeit und konstruktives Nach-Vorn-Schauen bemühten Initiativ-Sprecher Christoph Zeidler zu verdanken. Der erläuterte zunächst die Hintergründe des bundesweiten Behördenfunks, bedankte sich ausdrücklich bei Bürgermeister Hollatz für dessen Unterstützung und stellte auch klar, dass es nicht um die Verhinderung des Netzes, sondern einzig um den in Lilienthal gewählten Standort des Tetra-Funkmastes gehe. Es gebe sehr unterschiedliche Aussagen zu der Tetra-Mikrowellenstrahlung, räumte Zeidler ein, letztlich rühre die Besorgnis der Anlieger aber daher, dass eben nicht bewiesen sei, dass diese Technologie nicht gesundheitsgefährdend ist. Gleichzeitig unterstrich er, dass sich die Initiative keinesfalls gegen die Feuerwehr wende, denn die mache „einen tollen Job“, für den sie Dank verdiene – ein Hinweis, der von den Anwesenden mit Applaus quittiert wurde.

10.07.2010

S. 2

Weniger Zustimmung – vor allem vom

„Warum sind Sie nicht auf die Bevölkerung zugegangen?“

BEO-Sprecher Peter Mehring

Vorsitzenden der Bürgerinitiative Elektromog Osterholz, Peter Mehring, aber auch aus der Menge heraus – erntete anschließend Bürgermeister Hollatz. Der versuchte abermals das Dilemma darzulegen, in dem er sich als Beamter seinen vorgesetzten Dienststellen von Bund und Land gegenüber befand und befindet. Die hatten die Angelegenheit Tetra-Funkmast als geheim eingestuft, bei Zuwiderhandlung drohten strafrechtliche Konsequenzen. Ohne konkret zu werden, deutete Hollatz zudem an, dass es möglicherweise noch ungünstigere als den jetzt gewählten Standort hätte geben können. Hollatz kündigte der Initiative seine Unterstützung an. Er habe bereits mit dem Land Kontakt aufgenommen und eine Zusage für ein Gespräch am 3. August erhalten, das Behördenvertreter mit der Initiative in Lilienthal führen wollen.

Mit Unverständnis reagierte BEO-Sprecher Peter Mehring auf die Zurückhaltung von Politik und Verwaltung in Lilienthal. „Warum sind Sie nicht auf die Bürger zugegangen, warum sind Sie nicht an das Land herangetreten?“, fragte er Hollatz und bezog in seine Kritik auch Landrat Jörg Mielke und die Bürgermeister der anderen betroffenen Gemeinden ein, die einfach nur abgewartet hätten. Wenn etwa die Grünen jetzt die Bürger nach Hannover schick-

ten und sagten, sie würden die Initiative unterstützen, dann sei das nicht der richtige Weg.

Genau diesen Weg aber scheinen die Grünen-Ratsherren Heiner Haase und Jörg Flömer nun einschlagen zu wollen. Sowohl Haase als auch Flömer wiesen auf die grundsätzlich kritische Haltung ihrer Partei gegenüber Funkstrahlung hin und betonten, dass sie auch auf kommunaler Ebene auf unterschiedlichste Weise wiederholt aktiv geworden seien. Obwohl er, Haase, immer dagegen gewesen sei, zur Geheimhaltung gezwungen zu werden, habe er sich zum Schweigen verpflichtet gefühlt. Jetzt aber sichere er der Initiative „ohne Wenn und Aber“ die Solidarität und Unterstützung seiner Partei zu. Haases Parteifreund Flömer sah sich zudem als falschen Adressaten. Bund und Land seien Ansprechpartner und letztlich auch der hiesige Landtagsabgeordnete.

Unterstützung – wenn auch vor Ort nicht ausdrücklich artikuliert, aber doch in einer Presseerklärung von der Fraktionsvorsitzenden Andrea Vogelsang verteilt –, dürfte der Initiative ab sofort übrigens auch von Seiten der SPD zukommen. Die verurteilt jetzt das Vorgehen der zuständigen Behörden, fordert von Kreis und Land die Offenlegung der Informationen zu geplanten Tetra/BOS-Türmen sowie über damit verbundene gesundheitliche Gefährdungen und Risiken ebenso wie die Überprüfung aller bereits getroffenen Entscheidungen. Sollten diese nicht mehr rückgängig gemacht werden können, „fordern wir den niedersächsischen Landtag sowie den Bundestag auf, gemeinsam mit den Betroffenen Schritte und Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die sich aus der Errichtung der Sendetürme ergebenden gesundheitlichen Gefährdungen abzuwenden.“

Mögliche gesundheitliche Gefährdun-

gen will auch die Initiative von den Anwohnern abwenden und fordert deshalb vom Land neben einem umgehenden Baustopp die Suche nach einem alternativen Standort in mindestens anderthalb, besser in drei Kilometer Entfernung von der Wohnbebauung. Dass es möglich sei, so etwas durchzusetzen, zeige nicht nur das Beispiel Axstedt. Auch in der Eiffel-Gemeinde Heimerzheim soll ein bereits fertig installierter Turm nun versetzt werden. Dort hatten die Bürger prominente Unterstützung von Bundesumweltminister Röttgen erhalten, der sich in seinem Wahlkreis bei Innenminister de Maizière für die Funkmast-Gegner verwendet hatte.

Ihren Forderungen verlied die Lilienthaler Initiative gestern noch einmal Nachdruck: Am Nachmittag übergaben einige Mitglieder Unterschriftenlisten an Bürgermeister Hollatz, auf denen knapp 600 Bürger ihre Ablehnung des Standortes dokumentiert hatten. Dabei machten sie deutlich, dass dies nur der Beginn ihrer Sammelaktion sei, die fortgesetzt werden soll.

Mit konkreten Fragen zur Geheimhaltung wandte sich gestern Mittag Ingo Wendenken an Bürgermeister Willy Hollatz. Die betroffenen Bürger hätten Anspruch auf Information, um rechtzeitig durch Einsprüche Einfluss auf die Entscheidung nehmen zu können. Das fraktionslose Ratsmitglied möchte von Hollatz bis Ende nächster Woche wissen, welche Teile der Planung des Baus, der Fertigstellung und der Inbetriebnahme der Geheimhaltungsverpflichtung unterliegen, auf welcher Gesetzesgrundlage diese basiert und bis zu welchem Zeitpunkt die Gemeinde der Verpflichtung unterlag. „Mit anderen Worten, zu welchem frühesten Zeitpunkt hätte die Gemeindeverwaltung die Bürger Lilienthals über diese Baumaßnahme informieren müssen?“

10.07.2010

S. 3

Bürger wollen jetzt dazwischen funken

Initiative „Lilienthal stoppt Tetra-Strahlen“ trifft sich heute um 18 Uhr in der Edisonstraße zur Demonstration

VON SIEGFRIED DEISMANN

Lilienthal. Der Funkturm, der zurzeit offenbar an der Edisonstraße gebaut wird, soll als einer von sechs im Landkreis Osterholz die Kommunikation zwischen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), sprich Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten verbessern helfen. Eine bessere Kommunikation über das Thema Digitalfunk hätten sich sicherlich viele Bürger gewünscht, die jetzt vom Baubeginn überrascht wurden. Das vom Bund durch eine Geheimhaltungsvorschrift erzwungene Schweigen will eine spontan gegründete Bürgerinitiative heute mit einer Demonstration beenden.

Die Ungewissheit über eine möglicherweise erhöhte Mobilfunkstrahlung durch den 40 Meter hohen Turm, der Teil des deutschlandweiten digitalen Funknetzes werden soll, treibt am heutigen Donnerstag um 18 Uhr Anlieger aus dem Ökodorf, aus den Klosterwiesen, dem Goosort und der Klosterweide sowie anderen Wohnbereichen auf die Straße. Um 18 Uhr, so ist einem Flugblatt der neu gegründeten Initiative „Lilienthal stoppt Tetra-Strahlen“ zu entnehmen, wollen sich die Bürger an der Baustelle an der Edisonstraße treffen, um ihren Unmut zu artikulieren und ihrer Forderung nach sofortigem Baustopp sowie der Suche nach einem Alternativstandort Nachdruck zu verleihen.

Gespräch mit dem Bürgermeister

Ihre Bedenken und Sorgen hatten sechs Mitglieder der Initiative gestern Mittag bereits Bürgermeister Willy Hollatz bei einem Gespräch im Rathaus vorgetragen. Und baten ihn, ihr Anliegen engagiert beim Land vorzutragen.

Bürgermeister Hollatz sagte das zwar zu, sah sich gestern aber sowohl den Bürgern als auch dieser Zeitung gegenüber nach wie vor in dem Dilemma, noch immer nichts Konkretes zum Funkturbau in Lilienthal sagen zu dürfen, „selbst wenn er-

kennbar ist, dass dort etwas entsteht“. Er habe die Betroffenheit der Anlieger gespürt, müsse nun allerdings eine „Stellvertreterdiskussion des Landes“ führen, das auf die Einhaltung der vom Bund erlassenen Geheimhaltungsvorschrift achte. „Um konkrete Fragen zu beantworten, müsste hier eigentlich jemand aus Hannover sitzen“, sagte Hollatz.

Eine generelle Ablehnung von seiten Lilienthals habe er nicht für möglich gehalten, wegen der Nähe zur Wohnbebauung habe es allerdings auch keinen Einspruch seitens der Gemeinde gegeben, räumte Hollatz ein. Vielleicht wären geringe Korrekturen über Alternativstandorte möglich gewesen, scheint sich der Bürgermeister selbst heute offenbar noch nicht ganz sicher. „Wir kennen allerdings die Daten der Suchsystematik des Landes auch nicht“, gab er zu bedenken.

Das Thema sei zweimal – wie üblich in nichtöffentlichen Sitzungen – im Verwaltungsausschuss vorgestellt worden, erstmals Ende 2008 und dann noch einmal Anfang 2009, als die Umsetzung bekannt gegeben worden sei. Er selbst habe als Hauptverwaltungsbeamter keine Möglichkeit gesehen, aus der Geheimhaltung auszuscheiden, sagte der grüne Bürgermeister und fügte hinzu: „Die Partei hätte da anders reagieren können.“

Vielleicht hätte sie das sogar getan, denn Grünen-Fraktionssprecher Heiner Haase, so sagte er uns gestern, hält die „Geheimniskrämerei“ um die digitalen Funktürme für „nicht angemessen“. Gleichwohl fühlte auch er sich an die Geheimhaltung gebunden. Wenn jetzt aber Informationen öffentlich seien, dann könnte seine Partei auch etwas dazu sagen. Und sollten tatsächlich Grenzwerte überschritten werden, dann müsste nach einem anderen Standort gesucht werden.

Glaubt man Dirk Heidemann, Projektleiter „Digitales Niedersachsen“ beim Innenministerium in Hannover, dann werden die zulässigen Grenzwerte durch die Strah-

lung der Funktürme unterschritten. Der Widerstand gegen die Funktürme sei regional sehr unterschiedlich ausgeprägt, generell aber könne man sagen, dass das Interesse in der Bevölkerung überall da sei.

Das könnte möglicherweise an der Arbeit von Initiativen wie der von Peter Mehring aus Vollersode liegen. Die Bürgerinitiative Elektromog Osterholz (BEO) warnt seit längerem vor Mobilfunkstrahlung im Allgemeinen und seit einiger Zeit auch vor der Mikrowellenstrahlung von Tetra/BOS-Funktürmen. BEO verweist dabei zum einen auf fehlende Langzeitstudien in Deutschland, zum anderen aber vor allem auch auf schlechte Erfahrungen mit Tetra/BOS in England seit Anfang des Jahrzehnts. Und ganz nebenbei: Kritiker halten das Tetra/BOS-System schon vor seiner flächendeckenden Einführung für technisch überholt. Was jedoch die gesetzlichen Grenzwerte betreffe, so seien dabei nur thermische Wirkungen berücksichtigt, nicht aber biologische Wirkungen und

Krankheiten. Nach Inbetriebnahme englischer BOS-Funktürme hätten Anwohner über Symptome wie Kopfschmerzen, Nasenbluten, Übelkeit oder Hautreizungen geklagt, heißt es in einem vom Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektromog, Bürgerwelle e.V., herausgegebenen Flyer.

Furcht vor solchen Begleiterscheinungen, aber auch vor dem Wertverlust ihrer Häuser hatte auch die Bürger in Axstedt aktiv werden lassen. Und sie konnten bereits einen Teilerfolg für sich verbuchen, wie Sprecher Karsten Meyer erzählt. Nachdem ein BOS-Turm zunächst in 70 Meter Entfernung von der Wohnbebauung aufgestellt werden sollte, ist nach Bürgerprotesten und Gesprächen mit Vertretern der Landesbehörden nun ein Standort im Gespräch, der rund einen Kilometer von der nächsten Bebauung entfernt ist. Doch die Axstedter gehen weiter: Sie fordern für den Landkreis ein kommunales Mobilfunkkonzept, „damit es hier keinen Wildwuchs gibt“.

Wülfel Zeitung

09.07.2010